

Umweltverbände gegen Dialogforum zum Neubau der B 212

BUND und Nabu fordern Einstellung der Planung für Straßenbau zwischen Güterverkehrszentrum Bremen und Harmenhausen

VON UTE WINSEMANN

Delmenhorst. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Naturschutzbund (Nabu) wollen sich nicht an einem Dialogforum zum Neubau der Bundesstraße 212 beteiligen. Das haben die beiden Umweltverbände am gestrigen Dienstag in einer gemeinsamen Presseerklärung bekannt gegeben. Das Verfahren soll am kommenden Montag, 13. Juni, mit einer Sitzung in Lemwerder beginnen. BUND Bremen und die Nabu-Ortsgruppen Delmenhorst, Ganderkese und Stedingen wollen dem Termin nicht nur fernbleiben, sondern fordern, die Planungen für den Straßenbau zwischen dem Güterverkehrszentrum (GVZ) in Bremen und Harmenhausen insgesamt einzu-

stellen.

„In den Vorgesprächen wurde deutlich, dass weder die Sinnhaftigkeit des Planungsvorhabens noch Alternativen zu einem Straßenneubau erörtert werden sollen“, begründen sie ihre Haltung gegenüber dem vom niedersächsischen Wirtschaftsministerium favorisierten Verfahren. „Selbst das Bundesverkehrsministerium stellt im Referentenentwurf zum Bundesverkehrswegeplan 2030 fest, dass die Bundesstraße B212neu auf der einen Seite eine hohe Umweltbetroffenheit verursachen wird, während auf der anderen Seite für den von den Planungen betroffenen Raum gar keine Erreichbarkeitsdefizite oder Engpässe im Bereich Straße bestehen.“

Nach Einschätzung der Umweltverbände wird mit der Realisierung des Neubaupro-

jektes nichts zur Lösung dringender Verkehrsprobleme, zur Reduzierung des Flächenverbrauchs oder zu einem verbesserten Klimaschutz beigetragen. Die B212neu wurde im Referentenentwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan in den „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ heruntergestuft. Derzeit setzen sich sowohl Niedersachsen als auch Bremen dafür ein, das Projekt wieder in den „Vordringlichen Bedarf“ aufzunehmen. Damit sollen die Finanzierungschancen steigen. Bremen hatte darüber hinaus kürzlich wieder eine Verbindung von der B212neu zur Autobahn 28 ins Gespräch gebracht (wir berichteten).

„Dieses Vorgehen entspricht jedoch nicht dem niedersächsischen Entschließungsantrag zum neuen Bundesverkehrswegeplan

vom Juli 2015 beim Bundesrat“, so die Umweltverbände. Die darin enthaltenen Empfehlungen zur Prioritätensetzung bei der Bewertung der Projekte, wie etwa „höchster verkehrlicher Nutzen bei möglichst geringer Belastung für Mensch und Natur“, sprächen eindeutig gegen eine Höherstufung der B212neu.

BUND und Nabu fordern die Verantwortlichen daher auf, „politisches Handeln entlang der selbst aufgestellten Empfehlungen auszurichten und konsequent wertvolle und knappe Planungskapazitäten und Gelder nicht zu verschwenden“. Sie würden „nicht an der weiteren Konkretisierung einer verfehlten Straßenplanung teilnehmen“, so die Umweltschützer. „Nichts anderes stellt das sogenannte Dialogverfahren dar.“

WK → DK 08.06.2016